

*SP-Grossratsfraktion, 8. Dezember 2015, Dieter Egli*

Das Budget 2016, über das wir heute abzustimmen haben, ist – einmal mehr – nicht das Budget der SP. Wir können nicht hinter ihm stehen. Und zwar aus mehreren Gründen:

Das Budget ist unehrlich.

Die sogenannten Entlastungsmassnahmen, die uns der Regierungsrat vorschlägt und denen Sie einmal mehr blind und erschreckenderweise ohne viele Erklärungen folgen, wären nicht nötig. Hätte der Kanton nicht in unvorsichtiger Art und Weise in den letzten zwei Steuergesetzrevisionen die Steuern vor allem für Gutverdienende und für die Wirtschaft gesenkt, wäre der Kanton jetzt nicht in einer finanziell derart misslichen Lage – und es müsste niemand wirklich finanziell leiden. Denn die Gutverdienenden spüren die Steuersenkungen kaum. Und die KMU, die Sie so gerne profitieren lassen würden, konnten nicht profitieren, weil sie überwiegend keine Gewinne auswiesen.

Liebe bürgerliche Kolleginnen und Kollegen: Es ist unerträglich, dass Sie für den geplanten Kahlschlag immer nur auf die aktuellen Ausgaben verweisen, und die Steuerpolitik der letzten 10 Jahre einfach ausblenden – nicht wider besseres Wissen, sondern ganz bewusst, wie ich Ihnen zu unterstellen wage.

Das Budget ist unfair.

Es bleibt dabei, unser Kanton hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Zwar stimmt es, dass in vielen Bereichen die Ausgaben absolut anwachsen. Das hat aber damit zu tun, dass der Staat immer mehr Aufgaben übernehmen muss, weil Sie zum Beispiel die Familie oder die Zivilgesellschaft nicht mehr übernehmen kann oder will. Von den übertriebenen und ungerechten Steuergeschenken der letzten Jahre hat nur eine ganz kleine Bevölkerungsgruppe profitiert, die es eigentlich kaum nötig hätte. Dass nun die ganze Bevölkerung für die Löcher, die sie damit in die Staatskasse gerissen haben, aufkommen muss, ist einfach nicht fair.

Das Budget ist finanzpolitisch falsch.

Dass Sie den Staat immer billiger machen wollen, ist falsch. Und dass Sie nicht an die Bevölkerung denken, sondern nur einer Ideologie folgen, ist unverzeihlich. Im schlechteren Fall ist diese Paranoia vor dem Staat, perfides Kalkül, das die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer machen soll. Im besseren Fall meinen Sie es wirklich ehrlich und wollen damit etwas Gutes für die Gesellschaft tun. Dann muss ich Ihnen erst recht sagen: Das ist falsch. Die neoliberale Wut hat in Grossbritannien zur Zerstörung der Infrastruktur geführt, in Deutschland zur Zerschlagung des Mittelstands, in den USA zur Verunmöglichung jedes politischen Konsenses. Und verschiedene Kantone – um wieder in die Nähe zu kommen – hat sie an den Punkt gebracht, an dem sie wieder über Steuererhöhungen nachdenken müssen. Das kann es ja nicht sein – auch in Ihren Augen nicht. Denken Sie daran, dass der Aargau nach wie vor einer der effizientesten Kantone der Schweiz ist. Ihn noch weiter herunterzufahren, ist ein Spiel mit dem Feuer.

Das Budget zielt am Volk vorbei:

Ich glaube, ich habe es vor Jahresfrist gesagt. Ich sage es trotzdem noch einmal. Tun Sie, was Sie nicht lassen können und stimmen Sie diesem ideologischen Kahlschlag zu. Aber bilden Sie sich nicht ein, dass Sie das Volk, das sie eben noch gut gewählt hat, hinter sich

haben. Den Beweis dafür, den ich Ihnen vor einem Jahr noch nicht präsentieren konnte, gibt es jetzt: Am 8. März hat das Volk gezeigt, dass es einen Discount-Staat nicht will, dass es für die bezahlten Steuern auch eine vernünftige Leistung bekommen will.

Die vielen Briefe, die wir alle bekommen haben und die Sie während der Debatte teilweise mit Hohn überschüttet haben, zeigen, dass Sie völlig am Volk vorbeipolitisieren – dass Sie keine Verantwortung für die Aargauerinnen und Aargauer übernehmen. Das ist der grösste von allen Fehlern, die Sie im Begriff sind zu machen.

Wir, die SP, wollen die Verantwortung für die Bevölkerung übernehmen. Deshalb mussten wir uns überlegen, wie wir mit dem Budget, das nicht unseres ist, umgehen.

Es liegt uns natürlich auch daran, dass es nicht noch einmal zu einer zweiten Budgetrunde kommt. Dies, weil dann das Budget noch schlimmer wird, als es jetzt schon ist. Einzelne werden sich allenfalls enthalten, weil es in der Bildung doch etwas besser herausgekommen ist, als erwartet. Aber hinter dem Budget stehen können wir nicht.